

Internationale Solidarität braucht zusammenwirkende Strategie

Anders als in Deutschland, wo Burgfriedenspolitik die Gewerkschaften dominiert, gab es im Jahr 2011 europaweit mächtige Protestbewegungen der oder mit Gewerkschaften. Nicht nur die Generalstreiks in Griechenland, nicht nur die Massenaktionen in Frankreich und Italien, nicht nur die Großdemonstrationen und Arbeitsniederlegungen in Spanien oder Portugal, wo im November erneut über drei Millionen Menschen die Arbeit niederlegten und wo sich sogar 90 % der Militärangehörigen an Protestaktionen beteiligten. Auch in Großbritannien, das lange Zeit als „streikfreies Musterland“ galt, folgten am 30. November fast drei Millionen dem Streikaufruf von über 30 Gewerkschaften, nachdem im März die bis dahin größte Demonstration der jüngeren Geschichte von der Polizei brutal zusammengeknüpelt worden war. Und auch in Belgien gingen Zehntausende auf die Straße.

Bewegungen sind sehr unterschiedlich

Aber diese Bewegungen sind sehr differenziert. Die Massenstreiks in Griechenland sind in Breite, Radikalität und Zielsetzung anders, als die (jeweils auch unterschiedlichen) in den anderen genannten Ländern. Gemeinsame internationale Proteste bleiben (sofern sie überhaupt stattfinden) auf symbolische Aktionen begrenzt. Und die deutsche Gewerkschaftsbewegung trägt überwiegend dazu bei, mit Lohn- und Sozialdumping die Handelsungleichgewichte zu verschärfen und damit die Machtgrundlage der deutsch-französischen Wirtschaftsdiktatur in Europa zu fördern.

Die Occupy-Bewegung in den USA (Beispiel Oakland), wo es wechselseitige Unterstützung, ein Zusammenwirken mit Gewerkschaften und anderen Organisationen gibt, ist anders als in Spanien, wo Solidaritätsangebote der Vereinigten Linken schroff zurückgewiesen wurden, anders als in Berlin oder Frankfurt, wo eine gewisse Struktur- und Ziellostigkeit zum Verpuffen des Protestes zu führen droht, oder in Griechenland, wo sie teilweise rechtsnationalistische Tendenzen aufweist.



Die europäischen Occupy-Bewegungen, so weit sie strukturell organisierten Widerstand ablehnen, fördern das Zusammenwirken aller antikapitalistischen Kräfte nicht. Sie laufen Gefahr, von ihren Gegnern umarmt und als ungefährliches „Dampf-Ablass-Ventil“, oder gar als antilinkes Auffangbecken antikapitalistischer Stimmung instrumentalisiert zu werden. Undifferenzierte Ablehnung parlamentarischen Kampfes führt darüber hinaus tendenziell zu Wahlenthaltung auf der linken Seite und zu rechtskonservativen Regierungsmehrheiten.

Antikapitalistische Radikalität entwickelt sich

Die sozialen Protestbewegungen dieses Jahres waren und sind äußerst unterschiedlich und differenziert. Gemeinsam ist all diesen Bewegungen, dass sich mehr und mehr eine antikapitalistische Radikalität entwickelt. Gemeinsames Problem ist aber das Fehlen einer zusammenwirkenden

schlüssigen und länderübergreifenden Strategie. Solidaritätsbekundungen z.B. mit den Kämpfen in Griechenland sind gut. Notwendig ist darüber hinaus internationale Solidarität der Aktion. Und unser wichtigster Beitrag der Solidarität muss sein, in Deutschland Schluss zu machen mit Lohn- und Sozialdumping, hier soziale Verbesserungen durchzusetzen.

Erfolgreiche linke Strategie ist nicht beliebig, sie braucht stimmige Analyse und daraus resultierend gemeinsame Ziele. Der Gegner ist nicht ein nebulöser, qualitativ völlig neuer „neoliberaler Raubtierkapitalismus“. Es ist der erstmals seit 1917 wieder völlig entfesselte Imperialismus, der zur Bewältigung der gleichen Krise, die Welt schon in zwei verheerende Weltkriege gestürzt hat. Und aktuell ist es vor allem der deutsche Imperialismus, der wieder einmal „am deutschen Wesen die Welt genesen“ lassen will.

Wenn heute Reformisten unterschiedlicher Parteizugehörigkeit auf die alte Giffflasche neue Etikette kleben, dann einige wohl auch, um alte, gescheiterte reformistische Rezepte neu aufgemotzt anzupreisen.

Aus dem Wust einzelner Forderungen - von Rettungsschirmen bis Eurobonds, von Verbot von Leerverkäufen bis Kapitalverkehrskontrollen, von Finanztransaktionssteuer bis Kapital- und Vermögenssteuer - wird ein systemimmanentes diffuses Ideengewirr, das unüberschaubar ist, für Viele weitgehend unverständlich und deshalb auch nicht mobilisierungsfähig ist. Während linke Reformer Modelle suchen, den Kapitalismus demokratisch zu kontrollieren, setzt die Finanzoligarchie schon nicht mehr nur auf ihre parteipolitischen Marionetten. Bankiers wie Monti und Papademos übernehmen, im Auftrag der die EU beherrschenden Mächte, selbst die Macht.

Gemeinsame Kämpfe für gemeinsame Ziele

Die Spekulationsverluste sind ein Fass ohne Boden, das niemals gefüllt werden kann und auch nicht soll. Diese Verschuldung ist so illegitim wie die Buchgewinne, die sie geschaffen haben. Wir zahlen nicht für Eure Krise, muss im Klartext heißen: **Wir zahlen Eure Schulden nicht.** Es geht also um einen Schuldenschnitt in Griechenland, und weltweit. Es geht nicht nur um Kontrolle des „Raubtierkapitalismus“, es geht darum, die Wurzeln zu beseitigen, aus denen diese Weltwirtschaftskrise wächst.

Hier liegen möglicherweise Ansatzpunkte, die (über proklamierte internationale Solidarität hinaus) in gemeinsame Kämpfe für gemeinsame Ziele in eine gemeinsame Strategie münden können.

Manfred Jansen, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

89 Tage Streik an der Charité: Gegen Niedrigstlöhne und Arbeitgeberwillkür

89 Tage streikten die Beschäftigten beim Charité Facility Management (CFM) für einen Tarifvertrag. Geführt wurde der Streik von ver.di und der dem dbb angehörenden gkl. Die CFM ist die 2006 teilprivatisierte und ausgegliederte Servicetochter der Charité, die Bereiche wie Krankentransport, Reinigung, Küche, Sicherheitsdienst, Sterilisation umfasst. Zum Teil werden hier Löhne von unter acht Euro gezahlt. Es werden individuelle Verträge mit den Beschäftigten ausgehandelt, ein Tarifvertrag wird den KollegInnen bisher verweigert. Das ist ein politischer Skandal, gehört die CFM doch zu 51 Prozent dem Land Berlin.

Aktiver, kreativer Streik – große Entschlossenheit

Trotz massiver Einschüchterungsversuche durch die Geschäftsführung und schwierigen Ausgangsbedingungen, nicht zuletzt weil es sich um einen Minderheitenstreik handelte, bewiesen die Streikenden große Entschlossenheit und einen langen Atem. Sie haben die Nase voll von miesen Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Arbeitgeberwillkür. Der Streik wurde aktiv und kreativ geführt. Unter anderem haben die Streikenden zwei Mahnwachen eingerichtet: vor der Landeszentrale der SPD und vor dem Sitz der Charité-Geschäftsführung. Es gab auch zwei große Solidaritätsdemonstrationen, an denen GewerkschafterInnen aus vielen Betrieben, Aktive aus der Occupy- und Studierendenbewegung, Mitglieder der LINKEN und andere teilgenommen haben. Kundgebungen vor Parteibüros und bei Aufsichtsratssitzungen, Flashmobs im Berliner Dussmann-Kaufhaus, Blockaden des Charité-Zentrallagers gehörten ebenso zum Repertoire. Eine wichtige Rolle spielt ein Solidaritätskomitee, das die Streikenden kontinuierlich unterstützt. Künstler wie Daniela Dahn, Dieter Dehm, Rolf Becker und andere haben einen Solidaritätsaufruf unterschrieben.



Spendenaufruf

Förderverein Solidarität in Arbeit & Gesellschaft (SOAG)
Konto-Nr. 166249 / BLZ 410 500 95 / Sparkasse Hamm

Solidarität

Solidarität ist wichtig, denn solche Kämpfe gehen alle Lohnabhängigen an. Die CFM-KollegInnen kämpfen nicht nur für sich, sondern gegen die sich immer weiter ausbreitenden prekären Arbeitsbedingungen und gegen den allgemeinen Abbau von Arbeitnehmerrechten. Deshalb sind auch die Streikenden solidarisch mit anderen Kämpfen: sie haben an der Demonstration des Bildungsstreiks teilgenommen und gemeinsame Aktionen mit dem kürzlich zu Ende gegangenen Streik bei den Alpenland-Pflegeheimen durchgeführt. Auch unterstützen sie die Beschäftigten am Berliner Ensemble und die Psychotherapeutinnen in Ausbildung, die auch für Tarifverträge kämpfen.

Solidarität gab es jedoch nicht von der IG BAU, die im Betrieb einen Teil der Reinigungskräfte organisiert. Statt der Haltung „ein Betrieb – eine Belegschaft – ein Tarifvertrag“ vertritt diese die Haltung, nur die Reinigungskräfte zu vertreten und für diese separate Regelungen zu treffen. Das führte zu einer Spaltung in der Belegschaft, die den Streik

geschwächt hat, wenn auch viele IG BAU-Mitglieder im Verlauf des Kampfes die Gewerkschaft gewechselt und sich dem Streik angeschlossen haben.

Eingliederung der CFM in die Charité

Die Kritik der Streikenden richtet sich gegen den Berliner Senat, der – noch unter rot-rot – für die Ausgliederung und Teilprivatisierung verantwortlich ist. Auch wenn die Forderung nach vollständiger Eingliederung der CFM in die Charité nicht im Rahmen eines Tariffkampfes aufgestellt werden kann, so wird sie doch kontinuierlich von den Streikenden und von ver.di erhoben. Ins Visier nahmen die Streikenden und ihre Gewerkschaften ver.di und gkl aber auch die privaten Teilhaber an der CFM – die Firmen VAMED, Dussmann und Hellmann. So fuhren sie sogar nach Hamburg und haben vor der Hellmann-Niederlassung demonstriert. Im so genannten Kulturkaufhaus Dussmann fanden schon viele Protestaktionen statt.

Zwischenergebnis erzielt

Nun wurde ein Zwischenergebnis erzielt, das die Streikenden als Erfolg werten und dem sie in einer Urabstimmung bei ver.di mit 82 und bei der gkl mit 93% zustimmten. Die CFM-Geschäftsführung wurde zu einem Vertragsabschluss mit den Gewerkschaften gezwungen, der einen **Mindestlohn von 8,50 Euro** ab Mai 2012, Einmalzahlungen und eine Verpflichtung zur Aufnahme von Tarifverhandlungen ab Januar 2012 vorsieht. Allein die Tatsache, dass ein Arbeitgeber, der sich immer geweigert hatte, die Gewerkschaften als Interessenvertretung der Beschäftigten anzuerkennen, nun zu einem Vertrag mit diesen gezwungen wurde, ist als politischer Erfolg zu werten. Vor allem aber ist der Kampf für einen Tarifabschluss nicht beendet, sondern wird die Beendigung des Streiks nur als ein vorübergehender Waffenstillstand betrachtet. Die Streikenden sind mit erhobenem Haupt zurück an ihre Arbeitsplätze gegangen und haben den festen Vorsatz artikuliert, nun aktive gewerkschaftliche Betriebsgruppen aufzubauen, um im Jahr 2012 gestärkt den Kampf für einen Tarifvertrag führen zu können.

Sascha Stanicic, Solidaritätskomitee für die CFM-Beschäftigten und Mitglied der Streikleitung

Weitere Infos unter:

<http://cfmsolikomitee.wordpress.com/>

Junge Welt, 7. Dezember 2011 Kommentar

„...Der Konflikt bei der CFM hat gezeigt: Es ist möglich, auch in einer von Prekarisierung und Rechtlosigkeit geprägten Branche in den Kampf zu ziehen und etwas zu erreichen. Er belegt aber auch: Die gewerkschaftliche Defensive ist nicht in einem Betrieb allein zu durchbrechen. Das Solikomitee und die verantwortlichen ver.di-Sekretäre haben vergleichsweise viel Unterstützung und konkrete Solidarität für die CFM-Beschäftigten mobilisiert. Würde die Gewerkschaft insgesamt so agieren, sähe die Lage deutlich besser aus.“

Werkvertrag und Leiharbeit als Lohndrücker

Die Reallohnentwicklung in Deutschland ist seit zehn Jahren rückläufig. Von 2000 bis 2010 sind die Realentgelte im Schnitt aller Beschäftigten um 4,5% zurückgegangen. Besonders hart aber trifft es den Niedriglohnsektor, der sich jedes Jahr mehr ausdehnt, was den Druck auf die unteren und „mittleren“ Einkommen erhöht. Fast 3,6 Mio. Beschäftigte in Deutschland arbeiteten im Jahr 2009 für weniger als 7 Euro brutto pro Stunde (11% aller Beschäftigten). Mehr als 1,2 Mio. bekamen sogar einen Stundenlohn von weniger als 5 Euro. Das zeigen neue Auswertungen des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen.

„Selbst bei einer Vollzeitbeschäftigung liegt das monatliche Erwerbseinkommen bei solchen Stundenlöhnen nur bei rund 800 Euro oder sogar darunter, was selbst bei Alleinstehenden nicht zum Leben reicht“, rechnet Dr. Claudia Weinkopf, Stellvertretende IAQ-Direktorin. Unter 8,50 Euro, also der von den Gewerkschaften als Mindestlohn geforderten Bezahlung pro Stunde, arbeiteten 2009 fast 5,8 Mio. Beschäftigte. Die Zahl der Betroffenen dürfte sogar noch höher liegen, da bei den Berechnungen aus methodischen Gründen Schüler, Studierende und Rentner sowie Nebenjobber nicht einbezogen wurden.

Tabelle 1: Zahl und Anteil der Beschäftigten (ohne Schüler/innen, Studierende, Rentner/innen und Beschäftigte mit Nebenjobs) nach Stundenlohnstufen unterhalb von 8,50 € (2009)

Stundenlohn (brutto)	Gesamtzahl	in % aller Beschäftigten
< 5 €	1.231.558	3,9%
< 6 €	2.229.986	7,1%
< 7 €	3.572.801	11,3%
< 8 €	4.908.336	15,6%
< 8,50 €	5.782.410	18,3%

Quelle: IAQ-Berechnungen auf der Basis des SOEP 2009.

Aber auch mit einem Stundenlohn von 8,50 € kann niemand am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Nach den offiziellen Zahlen der Bundesregierung liegt die Niedriglohnschwelle (zwei Drittel des Medians) heute bei 1784 €. Dafür müsste mensch 10,25 € in der Stunde verdienen.

Nach Berechnungen des WSI hatten wir 1995 einen Niedriglohnanteil von 15%, heute sind es 22% (das sind mehr als 6,55 Mio. Beschäftigte). Bei den insgesamt 7,84 Mio. Minijobbern ist es nicht besser. Sie hatten 2000 real 270 € zur Verfügung, heute sind es 211 € (=22%). Von solchen Niedriglöhnen sind keinesfalls nur Geringqualifizierte betroffen: 70 Prozent der Niedriglöhner haben eine abgeschlossene Berufsausbildung, 7 Prozent sogar einen Hochschulabschluss. Bei 40 Prozent der Niedrigverdiener liegt das Einkommen unter der Armutslohngrenze. Bei 15 Prozent liegt das Einkommen sogar unter 1/3 des Medians. Der Median ist die Mitte zwischen der oberen Hälfte und der unteren Hälfte der EinkommenbezieherInnen. Bei 50% des Medians spricht mensch von Armutslöhnen.

Treibender Faktor Leiharbeit

Aus einer Antwort der Bundesregierung (BT Drucksache 17/4764) vom Februar 2011 geht hervor, dass 73,7% der Leihkräfte mit ihren Verdiensten unterhalb der Niedriglohnschwelle liegen. Im Juni letzten Jahres erhielten mehr als 92.000 von ihnen ergänzendes ALG II, wahrscheinlich hätten viel mehr einen Anspruch.

Das Leiharbeitsgeschäft ist seit den „Reformen“ der Schröder-Regierung äußerst lukrativ. Mit dem Wegfall des Synchronisations- und des Wiedereinstellungsverbots können die Leihkräfte für ausschließlich die Zeit eingestellt werden, in der sie verliehen werden. Ohne „unternehmerisches Risiko“ und ohne eigene Investitionen (nur ein kleines

Büro ist nötig) können Leihkräfte zu Billigstlöhnen verliehen werden. Kein Wunder, dass es heute 10226 (!) Leiharbeitsfirmen mit insgesamt über 900.000 Beschäftigten gibt, Tendenz weiter steigend. Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung erhalten Leihkräfte im Schnitt 48% weniger Lohn als die entsprechenden Stammkräfte.

Kein Wunder also, dass Leiharbeit auch für die Entleiher äußerst lukrativ ist und vor allem für Anlernertätigkeiten zum Einsatz kommt. Hier wirkt das Prinzip heuern und feuern praktisch ohne jede Einschränkung. Diese KollegInnen trauen sich naturgemäß an keiner Stelle, unwürdigen Arbeitsbedingungen zu widersprechen und sie wirken mit

ihren billigen Löhnen indirekt auf das gesamte Lohngefüge, am unmittelbarsten auf die unteren Tarifgruppen der „Stammebelegschaften“.

Das Ganze funktioniert nur, weil die deutsche Gesetzgebung die EU-Richtlinie „equal pay and equal treatment“ (gleiches Geld und gleiche Arbeitsbedingungen) zu unterlaufen gestattet, „wenn es einen entsprechenden Tarifvertrag“ gibt. Nun hat die Tarifgemeinschaft Zeitarbeit des DGB in der Vergangen-

heit ihre Unterschrift unter diese unwürdigen Tarifverträge damit begründet, dass die „Christlichen“ (also die CGZP) noch schlechtere abschließen. Inzwischen wurde aber 2010 höchstrichterlich bestätigt (und erneut vom Landesarbeitsgericht Berlin im Frühjahr 2011), dass diese „christlichen“ Tarifverträge ungültig sind, weil diese „Gewerkschaften“ nicht „tarifmächtig“ sind (sprich: in Wirklichkeit keine Gewerkschaften sind und nur Gefälligkeitstarife unterschreiben).

Somit steht ein Kollege/eine Kollegin besser da, wenn er/sie nicht einer DGB-Gewerkschaft angehört. Denn nach dem Urteil des BAG können diese KollegInnen für vier Jahre rückwirkend die gleiche Bezahlung einklagen. Das ist zwar im Einzelfall nicht einfach, weil die Bezifferung der Differenz manchmal schwer zu belegen ist, aber in vielen Fällen wird dies gelingen. Wir müssen sie in jedem Fall ermutigen, den Rechtsweg einzuschlagen, genauso wie die mehr als 90% aller 1-€-Jobber, die als normale Arbeitskräfte eingesetzt werden. Ihnen steht eine tarifübliche Bezahlung zu und nicht nur die (je nach Trägerschaft) 80 oder 90 Cent pro Stunde. Gewerkschaften wie die IG BAU unterstützen diese KollegInnen auch auf dem Rechtsweg.

Werkvertrag: Variante der Leiharbeit

Da die Leiharbeit inzwischen gesellschaftlich in einem gewissen Umfang geächtet ist, weichen vor allem Industrieunternehmen zunehmend auf Werkverträge aus. Diese sind mit den Mitteln des normalen Widerspruchsverfahrens eines Betriebsrats nach § 99 BetrVG nicht in den Griff zu bekommen. Ein Betriebsrat von Bombardier in Mannheim berichtet: „Je erfolgreicher wir gegen Leiharbeit vorgegangen sind, desto häufiger hat der Einkauf Werkverträge abgeschlossen.“ Und hier sind die Entgelte oft noch niedriger als die aktuellen 7,79 € (West) und 6,89 €

(Ost) für die unterste Entgeltgruppe in den Tarifverträgen der DGB-Tarifverträge für Leiharbeitende.

Da aber auch hier – und zwar besonders krass – gegen das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit verstoßen wird und die Tendenz zu Billiglöhnen weiter verschärft wird, muss auch gegen diese Machenschaften ein umfassender Widerstand entwickelt werden. Es kann nicht bei moralischen Verurteilungen stehen bleiben, worauf sich im Grunde der Gewerkschaftstag der IGM in Sachen Leiharbeit beschränkt hat. Zu einem Gesamtkonzept des Widerstands gehört m. E.:

1. Ermutigung aller KollegInnen, rückwirkend für vier Jahre die gleiche Bezahlung einzuklagen. Wir brauchen Rechtsschutz seitens der Gewerkschaft auch für solche KollegInnen, die neu eintreten und damals nicht Mitglied waren, denn diese Situation haben die Gewerkschaften durch ihre Unterschrift unter die Umgehungstarifverträge mit verursacht.

2. Sofortige Kündigung der Tarifverträge mit IGZ und BZA, die zum 31.10.2013 auslaufen (die Kündigungsfrist beträgt 6 Monate). Die Nachwirkungen werden bald aufhören, denn viele Leihkräfte werden ja nach ihrem (oft nur kurzfristigen) Einsatz in den meisten Fällen wieder entlassen. Dann gilt auch der Tarifvertrag für sie nicht mehr.⁷

3. Umfassender Widerstand gegen alle Werkverträge, die nicht aus technischen Gründen unumgänglich sind.

Aufklärungskampagnen zu dieser neuesten Form der Sklavenarbeit.

4. Breite Unterstützung für alle Aktivitäten, die einen akzeptablen Mindestlohn fordern. Dieser kann nicht bei 8,50 € liegen, denn dies wäre unterhalb selbst der offiziellen Niedriglohnschwelle und brächte nach 45 Versicherungsjahren nur 720 € Rente. Das reicht also weder heute noch bei der Rente zum Leben. Und wer kommt künftig überhaupt noch auf 45 Versicherungsjahre? Um die Niedriglohnschwelle zu überschreiten, brauchen wir einen flächendeckenden Mindestlohn von wenigstens 11,30 € oder 10 € lohnsteuerfrei.

5. Einfordern eines erneuten Engagements für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich. Kampf für eine Verteilung der Arbeit auf alle Hände und Köpfe. Nur wenn die Zahl der heute real annähernd 5 Millionen Erwerbslosen drastisch gesenkt wird, kann der Druck auf die Löhne gemildert werden und erst dann können wir – bei damit geänderten Kräfteverhältnissen – für eine andere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums kämpfen.

6. Um mit alledem anzufangen: Massive Unterstützung der Unterschriftensammlung des Stuttgarter Metalltreffs.

Jakob Schäfer, Forum gewerkschaftliche Gegenmacht – Wiesbaden

Verbot von Leiharbeit und Werkvertragsbetrug!

Die Leiharbeit boomt in zahlreichen Betrieben - mit oft schändlich niedrigen Löhnen! Die Agentur für Arbeit zwingt Arbeitslose zu Zehntausenden in diese Arbeitsverhältnisse, bietet oft gar keine anderen Jobs mehr an! In vielen Betrieben gibt es verkappte Leiharbeit und getarnte andere prekäre Arbeitsverhältnisse unter dem betrügerischen Titel „Werkverträge“!

Das alles vernichtet reguläre Arbeitsplätze, führt zu längerer Arbeitszeit, drückt Löhne herab und nötigt alle Beschäftigten zu immer zügelloserer Flexibilität. Belegschaften werden gespalten und all die Mitarbeiter/innen in prekären Arbeitsverhältnissen entrechtet.

Deshalb fordern wir durch unsere Unterschrift von Staat und Regierungen die Verwirklichung der folgenden Forderungen, von unseren Gewerkschaften Hilfe und Unterstützung dafür:

- Verbot der Leiharbeit (Zeitarbeit, Arbeitnehmerüberlassung)! Aufhebung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)!
- Kündigung aller Tarifverträge des DGB für die Leiharbeit! Sie ermöglichen Niedriglöhne!
- Übernahme aller Leiharbeiter/innen in reguläre Arbeitsverhältnisse - beim letzten Entleiher - damit diese Kolleg/innen nicht auf die Straße fliegen!
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- Gesetzlicher Mindestlohn, nicht unter zehn Euro (lohnsteuerfrei)!
- Volle Durchsetzung der 35-Stundenwoche und weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Ausnutzung aller Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Betriebsräte, gemeinsam Leiharbeit zu verhindern! Gemeinsame Mobilisierung der Stammbeslegschaften und Leiharbeiter/innen für mehr Druck auf Regierungen und Unternehmen!
- Betriebsräte und Belegschaften müssen das Recht haben, alle Werkverträge zu kontrollieren, um verkappte Leiharbeit aufzudecken!

Name	Gewerkschaft / Funktion (informell)	Betrieb	Anschrift	Unterschrift

Wir bitten um Unterstützung der Unterschriftensammlung des Metalltreffs, um die Debatte um das **Verbot** von Leiharbeit und Werkvertragsbetrug in die Betriebe zu tragen und den Druck zu erhöhen, dass Forderungen über die Regulierung hinaus hin zu einem Verbot in den Gewerkschaften verankert werden. Unterschriftenlisten bitte einsenden an **metallertreff@yahoo.de** oder an **T. Kremer**, Stockheimerstr. 1, 70435 Stuttgart

Neu erschienen:

NWI extra zu den Gewerkschaftstagen

NWI extra zu den Tarifrunden 2012

Foliensätze / Grafiken / Argumente zur Tarifrunde

Im Labournet unter: www.labournet.de/GewLinke

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani – Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 12. Dezember 2011